

Stadtrat Jena

Beschlussvorlage Nr. 13/2083-BV

Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE, B90/Die Grünen, Bürger für Jena

Gemeinsame Bleiberechtsresolution zum Schutz von Minderheiten aus Bosnien, Kosovo, Mazedonien und Serbien

1. Der Stadtrat der Stadt Jena fordert die Landesregierung Thüringens auf, die eigenen Handlungsmöglichkeiten gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz wahrzunehmen und die Abschiebung für Angehörige der Minderheiten Roma, Ashkali und Ägypter mit bosnischer, kosovarischer, mazedonischer oder serbischer Staatsangehörigkeit ab sofort für die Dauer von sechs Monaten auszusetzen.
2. Weiterhin fordert der Stadtrat der Stadt Jena die Landesregierung Thüringens auf, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren eine Aufenthaltsgewährung für Angehörige der genannten Minderheiten gemäß § 23 (1) Aufenthaltsgesetz herbeizuführen.
3. Der Stadtrat der Stadt Jena appelliert darüber hinaus an die Landesregierung, sich aktiv auf Bundesebene für ein Bleiberecht der in Deutschland lebenden Minderheiten aus dem Kosovo einzusetzen (z.B. § 23 (2) Aufenthaltsgesetz).
4. Der Stadtrat der Stadt Jena ruft die Landesregierung auf, insbesondere gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden und deren Personensorgeberechtigten entsprechend der Maßgaben des § 25a Aufenthaltsgesetz eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.
5. Der Stadtrat der Stadt Jena fordert die Landesregierung, die Verwaltung sowie alle beteiligten Behörden und Institutionen auf, in allen Entscheidungsprozessen und Verfahren, den Vorrang des Kindeswohls gemäß Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) zu sichern.
6. Der Stadtrat ermutigt die Verwaltung, insbesondere die Ausländerbehörde, weiterhin alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu unternehmen, um Abschiebungen der o.g. Minderheiten zu verhindern und den Kindeswohlvorrang nach KRK zu wahren. Dabei soll die Expertise entsprechender Fachbehörden (z.B. Jugendamt) einbezogen werden. Auf eine etwaige Drängung zu freiwilligen Rückreisen soll verzichtet werden.
7. Schließlich empfiehlt der Stadtrat den städtischen Vertretern/innen in den zuständigen Gremien auf Landes- und Bundesebene (Deutscher Städtetag, landesweite Fachverbände und Institutionen), den Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie den Vertreter/innen der Zivilgesellschaft, insbesondere Netzwerken, Vereinen und Verbänden mit Nachdruck, sich für die Aussetzung der Abschiebung der o.g. Minderheiten, für eine Bleiberechtsregelung sowie einen regelmäßigen Bericht über die Situation der bereits abgeschobenen, freiwillig zurückgekehrten Menschen, einzusetzen.

Jena, im April 2013